

L1 Green Digital Society

Antragsteller*in: Lea Elsemüller
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Leitantrag

Antragstext

1 **Green Digital Society**

2 Die Digitalisierung verändert mit hoher Geschwindigkeit unsere Lebensräume,
3 unsere Wirtschaft und unser Denken. Viele der Veränderungen, die sich durch die
4 schnelle Entwicklung auftun, können wir heute noch gar nicht abschätzen. Die
5 Digitalisierung hat das Potenzial, einige der großen Probleme unserer Zeit zu
6 lösen. Ein Selbstläufer ist dies jedoch keinesfalls.

7 Digitalisierung muss mit Bedacht passieren, die Prozesse müssen ständig
8 hinterfragt und nach nachhaltigen und sozialen Gesichtspunkten abgewägt werden.
9 Denn nicht jede digitale Anwendung macht die Welt zu einem besseren Ort.
10 Digitalisierung darf nicht disruptiv und einseitig kapitalistisch sein, denn so
11 werden Menschen abgehängt. Mit diesem Antrag wollen wir eine kritische
12 Auseinandersetzung mit der Digitalisierung in Politik und Gesellschaft anstoßen.

13 Digitalisierung ist sehr schnell, unsere Gesellschaft kommt kaum hinterher die
14 Veränderungen zu hinterfragen. Einerseits müssen wir unsere Gesellschaft
15 empowern, die Digitalisierung mitzudenken und zu verstehen, gleichzeitig müssen
16 wir aber auch dafür Sorge tragen, dass sich die Digitalisierung an unsere
17 gesellschaftlichen Vorstellungen anpasst und Werte wie Demokratie,
18 Nachhaltigkeit, Mitbestimmung und Gemeinwohl gleichzeitig darin wiederzufinden
19 sind. Auch müssen wir als Gesellschaft dafür kämpfen, dass in jedem
20 Lebensabschnitt digitale (Weiter-)Bildung stattfindet und über die Möglichkeiten
21 aber auch die Folgen der Digitalisierung gesprochen wird.

22 Wir wollen uns für mündige Bürger*innen in einer digitalisierten Gesellschaft
23 einsetzen. Dazu gehört Verständnis zu schaffen für die Prozesse, die hinter der
24 Digitalisierung stecken, genauso wie eine Debatte über die Auswirkungen von
25 digitaler Kommunikation, digitalen Diensten und neuen Prozessen der
26 Meinungsbildung zu führen.

27 **Digitalisierung umsetzen: Verantwortungsvoll, nachhaltig und zeitnah**

28 **Schulen fit für die Digitalisierung machen!**

29 Die Digitalisierung steht seit einigen Jahren im Zentrum der politischen
30 Diskussion. Und das zu Recht, da die Digitalisierung, ähnlich wie die
31 Industrielle Revolution, einen tiefgreifenden Umbruch der Gesellschaft mit sich
32 zieht. Die Schulen stehen dadurch vor einer besonderen Herausforderung, sie

33 sollen bekanntlich auf die Zukunft vorbereiten, haben aber in der Gegenwart
34 bereits etliche Probleme mit der Digitalisierung.

35 Dabei geht es vorrangig nicht um die technische Ausstattung der Schulen mit
36 Notebook, Pads, anderen Endgeräten oder einem Breitbandanschluss. Das sollte
37 selbstverständlich sein, und wir erwarten, dass in den kommenden Jahren der
38 jeweils aktuelle technische Stand erreicht wird. Bei der Beschaffung muss auf
39 fair produzierte und recycelte Geräte und Bauteile Wert gelegt werden;
40 Massenbeschaffungen sollen auf ihre Umweltauswirkungen untersucht werden. Wir
41 wollen nicht, dass Kinder im gleichen Bildungsalter nur auf der anderen
42 Erdhalbkugel ausgebeutet werden für die Ausstattung unserer Schulen. Aber so
43 wichtig eine bessere digitale Ausstattung der Schulen ist, eine Verengung der
44 Debatte nur darauf greift zu kurz und wird den immensen Auswirkungen der
45 Digitalisierung nicht gerecht. Die Digitalisierung ist ein grundlegender
46 gesellschaftlicher Wandlungsprozess – insbesondere auch in der Arbeitswelt – und
47 erfordert einen bildungspolitischen Kulturwandel.

48 Ein Bildungsverständnis, das den digitalen Entwicklungen angemessen ist, sollte
49 die gesellschaftlichen Auswirkungen des „vernetzten Lebens“ berücksichtigen.
50 Auch die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Digitalisierung
51 sind sehr wesentlich und müssen zum Querschnittsthema an den Schulen werden.
52 Ziel ist es, digital mündige Bürger*innen auszubilden, die nicht nur den
53 technischen Umgang mit digitalen Geräten und dem Datennetz beherrschen, sondern
54 auch im Umgang mit ihren eigenen sowie den Daten Dritter souverän zu handeln.
55 Somit ist der derzeit von der Kultusministerin angestrebte Einsatz digitaler
56 Geräte im Unterricht ein eher untergeordneter Punkt.

57 Die Digitalisierung bedeutet, dass ein grundlegender Wandel des
58 Bildungsverständnisses ansteht. Wissen an sich ist verfügbarer denn jemals
59 zuvor, dieser Trend wird sich fortsetzen. So, wie die Industrielle Revolution
60 einen Großteil der körperlichen Arbeit Schritt für Schritt überflüssig gemacht
61 hat, macht die digitale Revolution das reine Faktenwissen (und damit das
62 Auswendiglernen) entbehrlich und stärkt die Bedeutung der Methodenkompetenz.
63 Wesentliches vom Irrelevanten zu treffen, die richtigen Fragen zu stellen,
64 Quellen zu verifizieren und die erhaltenen Antworten auf ihre Plausibilität
65 prüfen zu können, ist längst nicht selbstverständlich. Diese Fähigkeiten müssen
66 Schulen vermitteln und stärken. Sich diesen Zukunftsfragen zu widmen ist
67 wichtiger, als nach jeder negativ ausfallenden Vergleichsstudie über das jetzige
68 Bildungssystem dem Alarmismus zu verfallen.

69 **Kommunikation im digitalen Zeitalter**

70 Die Digitalisierung und insbesondere Social Media bieten völlig neue
71 Möglichkeiten zur politischen Kommunikation und Dialogformen der
72 Parlamentarier*innen. Für uns ist klar, dass zu einer modernen Politik diese
73 Plattformen bespielt und genutzt werden müssen. Hierfür müssen Ressourcen sowohl
74 in der politischen Arbeit, als auch in der Forschung zur Verfügung gestellt
75 werden. Dies gilt es auch im kleinen Rahmen und auf regionaler Ebene von den
76 politischen Akteur*innen und Institutionen einzufordern.

77 Zugleich verändert Social Media auch die Art wie wir private Kommunikation
78 erfahren und Informationen konsumieren. Phänomene wie Filterbubbles und
79 digitalen Echokammern kennen wir schon heute. Sie erschweren und verändern

80 gesellschaftliche Diskurse. Wir dürfen nicht zulassen, dass einige private
81 Unternehmen die gesellschaftliche Meinungsbildung bestimmen, die Politik muss
82 hier Regeln vorlegen und auch Zuwiderhandlungen verfolgen. Es muss transparent
83 sein nach welchen Algorithmen die uns zugänglichen Informationen gefiltert
84 werden.

85 Die neue, digitale Kommunikation bedeutet aber nicht nur, dass die
86 gesellschaftliche Meinungsbildung auf neuen Wegen entsteht, sondern auch dass
87 Menschen untereinander flexibler, schneller und bei Bedarf öfter Kontakt
88 zueinander herstellen können. Dies gilt es sowohl in der politischen Meinungs-
89 und Willensbildung zu berücksichtigen, aber auch wenn es um
90 gesamtgesellschaftliche Entwicklungen geht.

91 **Digitale Verwaltung – mehr als Bürokratie 2.0**

92 Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wird bisher vor allem als
93 (positiv) Einsparfaktor oder (negativ) Grund für Entlassungen im öffentlichen
94 Dienst gesehen. Dabei ist sie ein gutes Mittel, Bürger*innen-Nähe zu stärken. Es
95 reicht aber nicht, Beratungsunterlagen ins Netz zu stellen oder einen Web-Client
96 für die Anliegen der Bürger*innen zu schalten, es müssen vielmehr die Abläufe
97 hinterfragt werden. So gilt es beim Anliegen-Management auch sauber transparent
98 zu machen, welche Schritte erfolgen oder, wenn sie ausbleiben, aus welchem
99 Grund.

100 Das Ziel der Verwaltung muss lauten, möglichst viele Dienstleistungen digital
101 (ohne „Vorsprache im Amt“) anzubieten und möglichst viele kommunale Vorgänge den
102 Bürger*innen transparent zu machen. Die Digitalisierung ermöglicht gerade bei
103 Planung von Bauprojekten eine viel bessere Darstellung (virtueller Rundgang,
104 Modell aus dem 3D-Drucker) als es die textlichen Festsetzungen eines
105 Bebauungsplans jemals schaffen. Es bedeutet aber auch, dass deutlich mehr
106 Bürger*innen eine Planung kommentieren können, weil sie auch ohne Vorbildung und
107 Erfahrung mit Bebauungsplänen die Auswirkungen verstehen werden. Es als
108 Bereicherung und nicht als Problem zu sehen erfordert zumindest bei einigen
109 Verwaltungen einen radikalen Kulturwandel – und diesen wollen wir einfordern,
110 fördern und dort, wo wir Verantwortung tragen, auch selber leben!

111 **Made in BW: Nachhaltig und Verantwortungsvoll**

112 Die Landesregierung versucht mit der Initiative Wirtschaft 4.0 den
113 Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in die digitale Zukunft zu führen. Diese
114 Initiative halten wir für wichtig und sinnvoll. Gleichzeitig zu einem
115 Vorantreiben einer Digitalisierung in baden-württembergischen Unternehmen
116 fordern wir aber auch eine Debatte über die Auswirkungen der digitalen
117 Transformation. Soziale und Nachhaltige Kriterien müssen bedacht und abgewägt
118 werden und der "Premium Standort" für die digitale Wirtschaft muss einhergehen
119 mit einem nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen,
120 seien sie menschlich oder materiell.

121 Auch der Datenschutz muss in der Initiative Wirtschaft 4.0 mit gedacht werden.
122 Daten sind in unserer digitalisierten Gesellschaft das neue Kapital, oftmals
123 bleibt jedoch offen, wo diese erhoben werden und wie diese verwendet werden.
124 Daher fordern wir, dass in dem vom Land mitgetragenen regionalen

125 Digitalisierungszentren aber auch in der Vergabe von Fördermitteln auf den
126 Datenschutz zu setzen. Datenschutz ist ein Qualitätsmerkmal digitaler Produkte,
127 Made in BW sollte auch dafür stehen.

128 Baden-Württemberg lebt von seinen regionalen und vielfältigen Unternehmen. Diese
129 müssen nun auch in der Umsetzung der Digitalisierung unterstützt werden. Vor
130 allem für kleinere und mittlere Unternehmen stellt die Digitalisierung immer
131 noch Herausforderungen dar. Wir halten die vom Land vergebene
132 Digitalisierungsprämie für kleine und mittlere Unternehmen für sinnvoll, dabei
133 muss aber sichergestellt werden, dass diese sinnvoll und nachhaltig eingesetzt
134 wird. Auch muss gewährleistet sein, dass die Prämie auch für eine Weiterbildung
135 der Mitarbeiter*innen eingesetzt wird, damit diese für die Herausforderungen des
136 digitalen Unternehmens gewappnet sind.

137 Wir begrüßen die Idee Digital Hubs im gesamten Land aufzubauen. Diese Ideen- und
138 Experimentierräume haben das Potenzial die baden-württembergische Wirtschaft in
139 eine nachhaltige und mit bedacht entwickelte Vorreiterrolle zu bringen. Dabei
140 muss ein Fokus auf eine nachhaltige, verbraucher*innen- und
141 mitarbeiter*innenfreundliche Unternehmenskultur gelegt werden und
142 Organisationsstrukturen ganz neu gedacht und betrachtet werden.

143 **Neue Unternehmenskultur**

144 Startups sind gut, um Ideen schnell und unbürokratisch umzusetzen. Sie sind
145 Multiplikatorinnen eines Kulturwandels weg von etablierten und oft sehr starren
146 Unternehmen hin zu innovativen Gründungszentren. Deswegen wollen wir uns für
147 eine nachhaltige und innovative Gründer*innenkultur in Baden-Württemberg
148 einsetzen und schon im Studium und in der Ausbildung die Gründer*innenkultur
149 stärken. Dabei wollen wir uns vor allem für eine diverse Startupkultur
150 einsetzen, von der die gesamte Gesellschaft profitiert.

151 Leider ist aber das schnelle Gründen eines Unternehmens oftmals auch ein
152 Ausdruck eines sehr neoliberalen Weltbildes.

153 Viele Kapitalgeber*innen von Startups hoffen durch ihre Investitionen auf einen
154 kurzfristigen Gewinn. Es wird in Geschäftsmodelle investiert, die sehr schnell
155 wachsen, in denen aber die Bruttomargen negativ sind. Wir dürfen nicht nur auf
156 das Wachstum eines Unternehmens schauen, denn nicht jede schnell wachsende Idee
157 ist langfristig sinnvoll und nachhaltig.

158 Start-ups sollten auch danach bewertet werden, ob sie unsere Welt zu einem
159 besseren und nachhaltigeren Ort machen. Hohe Firmenbewertungen und große Exits
160 sollten hierbei nicht ausschlaggebend für Erfolg sein.

161 In Baden-Württemberg wollen wir uns daher dafür einsetzen Startupförderung nach
162 nachhaltigen Kriterien zu vergeben. Gründen sollte kein Selbstzweck sein.
163 Insbesondere für die vom Land veranstalteten und finanzierten
164 Gründer*innenwettbewerbe fordern wir transparente, soziale und nachhaltige
165 Vergabekriterien.

166 **Digital von A nach B**

167 Intermodaler Verkehr, ermöglicht durch Seamless-Mobility-Konzepte, steht für die
168 Mobilität der Zukunft. Digitale Angebote, die den gesamten öffentlichen Nah- und
169 Fernverkehr in einer intermodalen Plattform bündeln und von denen
170 Verbraucher*innen und Anbieter*innen nachhaltig profitieren, müssen aktiv
171 gefördert werden. Hierbei muss gewährleistet werden, dass Daten anonymisiert
172 verwendet werden und keine Bewegungsprofile erstellt werden. Hierfür gibt es
173 bereits Regeln, diese müssen ergänzt und konkretisiert werden, auch um unfaire
174 Wettbewerbsvorteile und Monopolisierung zu verhindern.

175 Digitale Angebote können auch sehr hilfreich sein, um die CO2-Emissionen für
176 unterschiedliche Mobilitätsangebote transparent zu machen. Diese müssen genutzt
177 werden, um auf die massive Klimaproblematik mancher Mobilitätsangebote
178 hinzuweisen.

179 Anonymisierte Verkehrsdaten sollten zur Optimierung des ÖPNVs und zu
180 Verbesserung des Radverkehrs genutzt werden. Auch sollten Infos zu
181 barrierefreier Mobilität in Apps zum Standard werden.

182 Attraktive Mobilitätsangebote gehen für uns auch einher mit einem
183 flächendeckenden Zugang zu kostenlosen Internetverbindungen u.a. durch Hotspots
184 an Bahnhöfen, Bushaltestellen und im Bus- und Bahnverkehr.

185 Carsharing und Ridesharingangebote halten wir für sinnvolle Plattformlösungen
186 für eine Mobilität ohne notwendigen Autobesitz, die ökologisch im Angesicht von
187 Klimawandel und Ressourcenverbrauch immer notwendiger werden.

188 Für den ländlichen Raum halten wir außerdem Mobility-on-demand Konzepte für eine
189 gute Lösung, da hier eine gute Abdeckung durch regulären ÖPNV häufig schwierig
190 ist. Autonomes Fahren kann hier hilfreich sein, einfach alle privaten Autos mit
191 autonom fahrenden zu ersetzen ist aber keine Lösung um massive Umweltschäden und
192 Staus in den Griff zu bekommen. Auch autonom fahrende Fahrzeuge müssen geteilt
193 werden. Weiterhin sollten autonom fahrende Autos erst zum Einsatz kommen, wenn
194 Sicherheitsproblematiken wie eine Gefahr der Steuerung von außen und
195 unvorhergesehene Probleme in der Regelungstechnik behoben sind.

196 **Die digitale Gesellschaft**

197 **How to work and how to live**

198 Wir begrüßen die zunehmende Debatte um die Zukunft der Arbeit und sehen die
199 Vision eines Grundeinkommens als nötige mögliche, aber nicht allheilende Antwort
200 auf Digitalisierung, aber auch auf das Problem des Rechtspopulismus.
201 Mittelfristig wollen wir die 28-Stunden-Woche zur Norm machen. Wir streben an,
202 durch weniger Arbeit auch weniger zu produzieren, wengleich wir wissen, dass
203 das kein Selbstläufer ist. Die Digitalisierung wird zu Arbeitsplatzverlusten
204 führen. Maschinen und Algorithmen nehmen uns die Arbeit ab. Es muss jedoch
205 gewährleistet werden, dass die Menschen am steigenden Wohlstand teilnehmen können und
206 für die weniger Arbeit, die sie verrichten dennoch das gleiche Gehalt
207 bekommen. Die große Herausforderung ist es deshalb, Arbeit neu zu definieren.
208 Viele davon liegt in der Entscheidung auf Bundesebene.

209 Von der Landesregierung fordern wir die Förderung von Stadtteilen, die ein
210 zukünftiges Zusammenspiel aus Wohnen, Coworking, Kultur und Nahversorgung,
211 Kinder- oder Seniorenbetreuung zusammen denken. Dadurch erhoffen wir uns u. a.
212 einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt und kürzere Wege, die das Pendeln in
213 die Innenstädte nicht mehr nötig machen.

214 **Digitale Energiewende? Über Nachhaltigkeit und Reboundeffekte**

215 Die Energiewende ist nicht ausgelegt auf immer mehr Dienste, die Strom
216 benötigen, sie ist nicht ausgelegt auf die Digitalisierung und die "Verstromung
217 aller Lebensbereiche". Eine Verkehrswende, die nur auf Elektroantriebe statt
218 Verbrennungsmotore setzt, ist aufgrund fehlender Stromkapazitäten nicht machbar.
219 Sie wäre im Sinne der Nachhaltigkeit auch nicht sinnvoll. Deshalb ist es von
220 enormer Wichtigkeit, dass eingesparte Energie und eingesparte Ressourcen auch
221 eingespart bleiben.

222 **Der digitale Mensch**

223 Maschinelles Lernen, Robotik und künstliche Intelligenzen werden in den nächsten
224 Jahren immer stärker unser Leben und unsere Gesellschaft bestimmen. Dabei müssen
225 wir uns die Frage stellen, wie viel Verantwortung wir abgeben möchten. Wir
226 müssen die Entwicklung von Algorithmen in der Gesellschaft debattieren und die
227 Ausgestaltung unserer von Algorithmen bestimmten Welt nicht nur den
228 Entwickler*innen überlassen.

229 Unsere Welt steht vor großen Herausforderungen. Klimakrise, weltweiter
230 Kapitalismus und Rechtsnationalismus sind nur einige der großen Probleme unserer
231 Zeit. Die Digitalisierung wird oftmals als Lösung für alle diese Probleme
232 gleichzeitig dargestellt, eine objektive Bewertung, ob sie dies wirklich kann
233 findet aber leider kaum statt.

234 Wir sollten Digitalisierung neu Denken, dort vorantreiben, wo sie sinnvoll ist
235 aber kritisch hinterfragen, ob digitale Dienstleistungen, Produkte und Maßnahmen
236 immer die Lösung sind.

Begründung

Erfolgt mündlich.